

Zwischen Dekolonisation und Neokolonialismus: Die Mobilisierung indigener Erinnerung als umkämpfte Ressource im heutigen Mexiko / Between Decolonization and Neo-Colonialism: Mobilized Indigenous Memory as Contested Resource in Contemporary Mexico

[Dr. Antje Gunsenheimer](#)

Im Zentrum des Vorhabens stehen indigene sozio-kulturelle und politische Bewegungen, die innerhalb des Nationalstaates Mexikos um Anerkennung ihrer verfassungsgemäßen Rechte sowie um politische Partizipation und um wirtschaftliches Auskommen (*vivir bien, buena vida*) kämpfen. Die Mitglieder dieser Bewegungen fordern zudem die Anerkennung indigener Geschichte und deren Rolle in der Staatswerdung des modernen Mexikos, z.B. durch eine entsprechende Berücksichtigung im regional differenzierten Schulunterricht. Darüber hinaus fordern sie die Deutungshoheit und die eigenständige Bestimmung des „Marktwertes“ ihrer Geschichte, die in politischen Auseinandersetzungen wie auch in wirtschaftlichen Entwicklungen von verschiedensten Akteuren als Ressource genutzt wird. „Erinnerung“ im Sinne der Erzeugung eines historischen Bewusstseins wird dabei „mobilisiert“, indem Ereignisse, Personen, Handlungen aus den überkommenen zumeist geschlossenen Tradierungsstrukturen (Familiengeschichten, Organisationsformen auf dörflicher Ebene, Festtage) herausgelöst, neu interpretiert und öffentlich präsentiert werden in Monumenten, Porträts, Erinnerungsfeiern bis hin zu touristischen Angeboten.



Abb.1: Juli 2010, Valladolid, Plaza Santa Ana Honoratioren der Stadt Valladolid und die Präsidenten regionaler yukatekischer Maya Kulturvereine erinnern an den Beginn des Kastenkrieges und die Hinrichtung von Manuel Antonio Ay an eben diesem Platz vor dem selbstgestifteten Denkmal (Foto: A. Gunsenheimer)

Die indigenen Akteure handeln dabei zumeist mit eigenen Zielsetzungen und interagieren mit verschiedenen nicht-indigenen Parteien und Interessensverbänden im Kampf um Ressourcen. Dabei handelt es sich um so konkrete Ressourcen wie Wasser und Land. Aber auch die Deutungshoheit der eigenen Geschichte ist nicht einfach ‚Mittel zum Zweck‘, sondern bekommt in diesen Konflikten eine politische und wirtschaftliche Wertigkeit.

Diese Kontexte werden anhand zweier regionaler Fallbeispiele in Mexiko untersucht:

- Zum einen beschäftigt sich das Vorhaben mit der umstrittenen Repräsentation und Auslegung der regionalen Geschichte des Kastenkrieges [Fußnote 1] auf der Halbinsel Yucatan (1847 - 1901) vor dem Hintergrund einer verstärkten Ökonomisierung indigener Geschichte, indem Erinnerungskultur und deren Repräsentationsformen als Waren in der Tourismusindustrie genutzt werden (in den mexikanischen Bundesstaaten Quintana Roo und Yucatán)
- Zum anderen widmet sich das Projekt der Repräsentation und Auslegung der regionalen Geschichte der Yaqui-Kriege (1867 - 1937) vor dem Hintergrund einer verstärkten Politisierung indigener Geschichte im Kampf um die Ressourcen Wasser und Land (im mexikanischen Bundesstaat Sonora).

Um das Thema zu veranschaulichen sei hier zunächst das Beispiel der staatliche geförderten Tourismusentwicklung an der Küste des mexikanischen Bundesstaates Quintana Roo (so genannte Riviera Maya) und im angrenzenden Bundesstaat Yucatán genannt. Konzentrierte sich die staatliche Tourismuspolitik Mexikos jahrzehntelang auf den Bade- und Strandtourismus, so vollzog sich in den 1980-er Jahren die Wendung zur Aufbereitung imposanter archäologischer Ruinenstätten (Teotihuacán, Palenque, Chichen Itzá, Tulúm u.v.a.) vorkolonialer Epochen und kolonialer urbaner Architektur. Inzwischen wird durch staatliche Unterstützung auch die rezente Konfliktgeschichte indigener Gruppen gegen die Republik Mexiko im 19. Jahrhundert, wie z.B. der Kastenkrieg in Yucatán, touristisch aufbereitet, indem der Reisende in Quintana Roo der „ruta de la guerra de castas“ („Route des Kastenkrieges“) folgen kann. Dem Thema folgen inzwischen Landkreise und Ortschaften wie Stadt und Umland von Felipe Carillo Puerto, um am Tourismusgeschäft zu partizipieren [Fußnote 2]. Hinzukommt, dass mit dem Ausbau des Kulturprogrammes „Pueblo Mágico“ („Magisches Dorf“) als „indigen“ angesehene Eigenheiten wie Kleidung, Handwerk, Kunst, Tanz und Musik, Speisen und Sprache für den nationalen wie internationalen Touristen als Ware angeboten werden. Unter der Ägide staatlich-privater *joint ventures* entstand hierdurch eine neue staatliche Definition von „Indigenität“.



Abb. 2: Werbung für die „RUTA TURISTICA GUERRA DE CASTAS“ bei der Einfahrt in den Bundesstaat Quintana Roo (Foto: Antje Gunsenheimer)

Die Vereinnahmung und Ökonomisierung indigener Geschichte und indigener Identitäten für den Ausbau der Tourismusindustrie durch staatlich-private Institutionen und Investoren lässt sich als Neo-Kolonialismus bezeichnen, während die staatliche Kulturförder- und Schulpolitik ab der späten 1970-er Jahre eine stärkere Partizipation und Anerkennung indigener Sprachen und Künste im öffentlichen Raum förderte, was im Rückblick als Dekolonisation empfunden wurde. Die hieraus entstandene Schicht indigener Intellektueller wehrt sich nun gegen den Ausverkauf indigener Geschichte, sei es um den Ausverkauf zu unterbinden oder sei es um mit eigenen selbst definierten Projekten zu partizipieren. An der Riviera Maya in Quintana Roo versuchen inzwischen lokale Maya-Vereinigungen eigenständige Tourismusangebote für die in- und ausländischen Urlauber anzubieten. Sie bieten hierzu eine Einführung in das Leben heutiger yukatekischer Maya (Speisen, Feldarbeit, Pflanzenkunde, Heilmethoden) und bewegen sich dabei in den vorgegebenen Themensparten (Sprache, Speisen, Alltagsleben und -wissen). Mit der „Mobilisierung“ indigener lokaler Erinnerungen setzen sie den staatlich-privatwirtschaftlichen Programmen eine eigene Gemeinde-basierte Variante entgegen, indem sie ihr lokales historisches Wissen einbinden (wie z.B. Überleben im Kriegszustand, Kampfaktiken) und das Kulturangebot als Gemeinschaftsprojekt durchführen. Darüber hinaus bieten sie einen eigenen Diskurs über die Bedeutung von Indigenität in kultureller, politischer und wirtschaftlicher Perspektive. Dazu gehört ebenfalls ein dezidiert indigenes historisches Bewusstsein in Form von Monumenten, Museen und eigenen Gedenkfeiern.

Das hier vorgestellte Forschungsprojekt widmet sich der Identifizierung dieser Akteure (indigene und nicht-indigene Personen und staatliche wie nicht-staatliche Institutionen), ihrer Argumente, der von ihnen gewählten Repräsentations- und Diskursformen und den entstehenden Interaktionen zwischen den verschiedenen Akteuren.



Abb. 3: Blockade der Carretera Interancional No. 15 im September 2013
(Foto: A. Gunsenheimer)

Die Mobilisierung eines indigenen historischen Geschichtsbewusstseins ist auch im Kampf um die Ressourcen Wasser und Land von Bedeutung. Als Hunderte Mitglieder der Río Yaqui Pueblos (Sonora, Mexiko) mit Straßensperren im September 2013 die internationale Verbindungsstraße zwischen Kalifornien und Mexiko-Stadt für mehrere Tage blockierten, um für ihr im Staatsvertrag von 1940 festgelegtes Recht auf Wasser zu protestieren, wurden an die in den Autos Wartenden Flugblätter verteilt. Der kurze stichwortartig gehaltene Text beschwor den jahrhundertelangen Kampf der Yaqui um ihr Land und ihre Lebensweise. Namen von Widerstandskämpfern bis zurück zum Anführer Anabailutei [Fußnote 3], der zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Eroberungsversuche der Spanier zurückdrängte, waren auf dem Blatt aufgelistet. Die Autoren des Flugblattes wollten mit dem Verweis auf historische Kontinuitäten sowohl die eigenen Anhänger wie auch die Geschädigten auf der blockierten Autobahn von der Ernsthaftigkeit ihres Widerstandes überzeugen.

Aber nicht nur der Kampf um die im Staatsvertrag von 1940 zugesicherten Rechte an Land und Wasser fördert die lokale Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Wie in Quintana Roo an der Riviera Maya gibt es auch in Sonora Bestrebungen einer politischen-wirtschaftlichen Elite die regionale indigene Geschichte und Kultur innerhalb des Tourismussektors als attraktives Gut zu vermarkten. Die politisch organisierten Yaqui beziehen hierzu Stellung mit eigenen Vorhaben, um die Deutungshoheit über die eigene Geschichte und die eigene Identität zu bewahren. Auch in dieser Fallstudie geht es um die Identifizierung der verschiedenen Akteure und der von ihnen evozierten historischen Bilder in Verbindung mit heutigen Auseinandersetzungen und wie sich aus dem historischen Konstrukt ein Argument für die rechtliche und politische Position ergibt.

Ziel der Studie ist der Vergleich zweier regionaler Fallbeispiele. Die vergleichende Perspektive ermöglicht es die regionalen Phänomene aus der Einzelfallstudie zu lösen und in einem umfassenderen Kontext von Faktoren und Akteuren (staatliche Institutionen wie Museen, Kulturförderprogramme, staatliche Tourismusförderprogramme, Schulen, Vertreter indigener Organisationen, Vertreter indigener Gemeinden) zu betrachten und das Zusammenspiel von wirtschaftlichen Ressourcenkämpfen und politischer Repräsentation bei der Mobilisierung von Geschichtsbewusstsein zu analysieren. Eine allgemeinere Definition der Positionen von Dekolonisation und Neokolonialismus aus der Sicht der Akteure und Betroffenen wird damit ermöglicht und erweitert die gängigen Theorien hierzu. Des Weiteren werden die Entstehungsprozesse von temporären und sich gegenseitig beeinflussenden Erinnerungskulturen [Fußnote 4] (divergierende lokale oder Partei-bezogenes historisches Geschichtsbewusstsein) modellhaft untersucht und dabei die Interdependenzen zwischen gleichzeitigen Formen und deren Einbindung in sozio-kulturelle Identitätspolitik sowie ihre wirtschaftlichen Kontexte veranschaulicht.

Die Akteure handeln jedoch nicht nur im nationalen Raum, sondern agieren vor dem Hintergrund internationaler Diskurse, z.B. dem Schutz von Minderheiten nach der UN-Konvention 169. Mit internationalen Gerichtshöfen und Gremien zum Schutz der Menschenrechte (z.B. Corte Interamericana de Derechos Humanos [Fußnote 5] in Costa Rica und die Inter-American Commission on Human Rights in Washington, D.C.) stehen ihnen rechtliche Instrumente zur Verfügung ihre Bedürfnisse in einem internationalen Forum außerhalb der Einflussnahme durch den Nationalstaat zu verhandeln. Die Río Yaqui Pueblos haben diesen Weg mit der Einreichung einer Klageschrift 2011 gewählt, die 2015 positiv beschieden wurde. Die Verhandlungen um Entschädigung zwischen den Río Yaqui Pueblos und dem Staat Mexiko gipfelten im September 2021 in der national ausgestrahlten Entschuldigungsgeste des mexikanischen Präsidenten im Yaqui -Gebiet mit der feierlichen Unterzeichnung des „Plan de justicia del pueblo yaqui“. Der „Plan für Gerechtigkeit“ kommt

einem staatlichen Wiedergutmachungsprogramm gleich, welches wie ein zweiter Friedensvertrag (nach 1940) gewertet werden kann und, eine neue Ära im Verhältnis des mexikanischen Nationalstaates zu indigenen Gemeinden eröffnet. Hier bietet sich die Möglichkeit zu untersuchen, wie zukünftige Modelle zur Einbindung indigener Gesellschaften in Nationalstaaten am Beispiel Mexikos aktuell verhandelt werden. Jenseits der regionalen Erkenntnisse wird die Studie einen Beitrag zum Umgang mit Minderheiten und ihren Rechten im 21. Jahrhundert leisten.

Aus der Forschung sind bislang folgende Publikationen hervorgegangen: Gunsenheimer 2015, Gunsenheimer und Melzer 2017, Gunsenheimer und Petersheim 2018, Gunsenheimer, Cruz y Pallán Gayol 2020, Gunsenheimer 2020;

Fußnoten:

[\(1\)](#) Mit diesem Oberbegriff wurden im 19. Jahrhundert innermexikanische Konflikte auf der Halbinsel Yukatan (1847 - 1901), die Yaqui-Kriege (1867 - 1937) und die Rebellion in Chiapas (1867) bezeichnet. Nach dem Verständnis der damaligen mexikanischen Historiker handelte es sich in allen drei Regionen um mehrheitlich von indigenen Rebellen ausgelöste Kriege, in denen das Existenzrecht der von europäischen Einwanderern abstammenden herrschenden kreolischen Gesellschaftsschicht in Frage gestellt wurde. Die heutige Geschichtsforschung versteht die Konflikte als sozio-politische bzw. sozio-religiöse Bewegungen gegen die steigende Ungleichheit im Land als Folge der liberalen Wirtschaftspolitik, die nicht nur die indigene Landbevölkerung betraf, weshalb die Aufstände auch nicht nur von Indigenen getragen wurden, diese aber stark betroffen waren. Im Fall Yukatans wird heute mehrheitlich von einem sozialen Krieg gesprochen (*guerra social*), der u.a. als Vorläufer der Mexikanischen Revolution gilt.

[\(2\)](#) Der Anteil der Tourismusindustrie am Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2014 ca. neun Prozent bzw. 1,1 Billionen Mexikanische Pesos (in etwa 55 Milliarden Euro – siehe INEGI 2015; EUM – Gobierno de la República 83). Offiziell sind rund 2,5 Millionen Menschen direkt in der Tourismusbranche beschäftigt (vgl. INEGI 2010; SECTUR 2015a, 2015d). Weitere sechs Millionen Mexikaner leben indirekt vom Tourismus, zum Beispiel im Einzelhandel, der Zulieferindustrie und dem Baugewerbe; hinzu kommen weitere offiziell nicht erfasste Personen, u. a. Straßenhändler (*ambulantes*). [Zitiert aus Gunsenheimer und Melzer 2017, Fußnote 3]

[\(3\)](#) In den Quellen auch „Aña Bulte“ genannt.

[\(4\)](#) Nach der Definition des gleichnamigen Sonderforschungsbereiches an der Universität Gießen (SFB 434, ab 1997, siehe eine Einführung bei Astrid Erll 2005:34ff).

[\(5\)](#) Inter-American Court of Human Rights in San José, Costa Rica.